

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

### Die Ententeantwort auf die Einwohnerwehernote.

#### Eine Ausnahme für Bayern und Ostpreußen.

Berlin, 14. Dezember. (W. Z. B.) Die Antwortnote des Generals Kollet auf die Note des vortigen Amts über die Einwohnerwehren, über die wir gestern Abendblatt bereits kurz berichteten, liegt jetzt im Wortlaut vor. Sie lautet:

Berlin, den 11. Dezember 1920.

Ergellens.

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 9. d. M., betreffend die Ausbildung und Einweisung der Selbstschutzorganisation zu bestätigen.

Aus den weiter unten angeführten wesentlichen Gründen kann die alliierte Militärkontrollkommission weder die in diesem Schreiben enthaltenen Argumente gelten lassen noch die daraus resultierenden Forderungen anerkennen.

Die deutsche Regierung hält sich nicht für verpflichtet, die Selbstschutzorganisationen aufzulösen. Sie erklärt, daß diese Organisationen, da sie weder einen militärischen Charakter noch irgendwelche Beziehungen zur Reichswehr haben und ausschließlich dem Zweck der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung dienen, durch keine Anwendung des Friedensvertrages verboten werden.

Indessen bemerkt die Kommission, die die interalliierte Militärkontrollkommission über gewisse Organisationen besitzt, daß sie inoffiziell einen militärischen Charakter haben und daß sie in enger Verbindung mit den regulären militärischen Befehlsstellen stehen.

Es genügt beispielsweise, auf den Wortlaut der „Satzungen des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns E. V.“ hinzuweisen, von dem Landeshauptmann **Geslerich** unterzeichnet und durch Landesausführer am 10. März 1920 bekräftigt worden sind; darin die Landesleitung mit der Verbindung mit dem Wehrfreismandat beauftragt und die Kreisführer sicher danach die Verbindung mit den Reichswehrbrigaden.

Wenigstens gehört es in Ostpreußen zu der Aufgabe zweier Generaloffiziere der ersten Infanteriedivision, die Verbindung mit Selbstschutzorganen aufrechtzuerhalten und die Beschlüsse dieser Organe in administrativer Hinsicht zu erfüllen.

In Wirklichkeit also stellen die Selbstschutzorganisationen ein hierunter verfallendes Interalliiertes Heeresvertragsausmaß: Grenzwehren, Grenzschutz, Stadtwachen, Einwehrentruppen, Ortschaft und andere ähnliche Vereinigungen, die geeignet sind, eine Mobilisation zu erleichtern.

Die sollen also unter die Bestimmungen des Artikels 178 des Friedensvertrages und müssen aufgelöst werden. Ihre Aufrechterhaltung nach Durchführung ihrer Entlohnung wäre ebenso auch durch rein innere Gründe nicht zu rechtfertigen. Es ist wider, ihre Waffen entzogen, nicht mehr in der Lage sein, am an der Aufrechterhaltung der Ordnung teilzunehmen.

Es ist zwar richtig, daß die deutsche Regierung den Selbstschutzorganisationen einen nur provisorischen Charakter beilegt, aber die alliierte Militärkontrollkommission vermag nicht einen Verband provisorisch zu betrachten, welcher schon jetzt Kundgebungen seiner Existenz für das Jahr 1922 und folgende vorstellt. (Bayerische Einwohnerwehren).

Die deutsche Regierung verlangt im übrigen eine Ausmessenung für die Selbstschutzorganisationen Bayerns Ostpreußens.

Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß andere Staaten des Deutschen Reiches, deren Sicherheit ihrer Ansicht nach ebensowenig bedroht ist, die gleiche Ausnahmebestimmung beantragen könnten.

Diese Ausnahmebestimmung würde desto leichter zu einer Verallgemeinerung führen, je ausgeprägter die den örtlichen Behörden in bezug auf die Schaffung von Selbstschutzorganisationen bestehenden Befugnisse sind.

Aber die Tatsachen selbst widersprechen den Gründen, die zugunsten Bayerns und Ostpreußens vorgebracht worden sind. Wenn sich in Bayern einerseits die Zahl der Kommunisten auf ungefähr 50 000 beläuft (und sie sind wahrscheinlich nicht alle Kämpfer), so belaufen sich andererseits die regulären Kräfte nach dem Vorschlag der deutschen Regierung selbst auf 40 000 Mann.

Außerdem würde Vereinigung der für die öffentliche Ordnung als gefährlich geltenden Elemente an einem Orte die eventuelle Wiederherstellung der Ordnung nicht erschweren, sondern im Gegenteil erleichtern.

Ohne auf die Schätzung der Zahl der Waffen einzugehen, die die Kommunisten im Jahre 1919 in den Kavernen von München aufgefunden haben können, möchte ich nur bemerken, daß nach den Erklärungen, die Sie mir am 9. November gemacht haben, die kommunistische Gefahr im Reich für die Zukunft als überwindlich zu betrachten ist.

Was Ostpreußen anbetrifft, so glaubt sich die interalliierte Militärkontrollkommission auf die Erfahrungen des letzten Sommers verlassen zu können. Sie erinnert nur daran, daß die Deutsche Regierung damals nicht auf die regulären Truppen aus dem Innern des Reiches zurückgegriffen hat und daß nach der eigenen Ansicht des Oberpräsidenten der Provinz eine Verstärkung von ungefähr 3000 Mann genügend war, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten.

Unter diesen Umständen ist eine Sonderbehandlung weder für Bayern, noch für Ostpreußen erforderlich, deren Selbstschutzorganisationen, wie die der anderen Teile Deutschlands aufgelöst und entwaffnet werden müssen.

Andererseits glaubt die interalliierte Militärkontrollkommission gegenüber den Verpflichtungen und Verpflichtungen Deutschlands besonders auf den heute bestehenden Zustand hinweisen zu müssen (11 Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages und 5 Monate nach Unterzeichnung des Protokolls von Spa).

Die Zahl der der Bevölkerung abgenommenen und an die interalliierte Militärkontrollkommission abgelieferten Waffen erreicht bei weitem nicht die Zahl der vorhandenen, und noch keine von den Verbänden stammende Waffe ist an die Militärkontrollkommission Königsberg, Hannover, München und Stuttgart (für Württemberg) abgegeben worden.

Die interalliierte Militärkontrollkommission bemerkt, daß das Schreiben vom 9. Dezember keine klare Angabe darüber enthält, wie die Zustände geändert werden sollen, und zwar ebenso wenig hinsichtlich der Frage der Waffen, auf die darin hingewiesen wird, noch auch hinsichtlich der Hauptfrage selbst, wo nur bedingte Resultate ins Auge gefaßt sind.

Indem die interalliierte Militärkontrollkommission nochmals den Grundgedanken der sofortigen Auflösung und Entwaffnung in Anwendung des Friedensvertrages und des Spa-Protokolls betont, besteht sie noch einmal darauf, daß die deutsche Regierung ihr unverzüglich die zu treffenden Maßnahmen mitteilt.

Genehmigen Sie. ....

### Die beabsichtigte Vernichtung unserer Flugzeugindustrie.

Von [Nachdruck verboten.]  
Willy Meyer, Hauptmann a. D.

Als der Krieg begann, besaß die deutsche Armee insgesamt nur 138 selbstverwendungsfähige Flugzeuge, deren Zahl von Monat zu Monat answuchs und im Herbst 1918 die Höhe von vielen Tausenden erreicht hatte. Über die militärische Kapazität der unter das Riveau vom August 1914 zurück. Von den 40 Flugzeugfabriken sind nur noch drei am Leben (Schweizer Industriewerke, vormals Pfyffer, Junfers-Dessau, Sablatnik-Berlin). Sie fabrizieren friedliche Verkehrsflugzeuge (schätzungsweise zurzeit ein Dutzend monatlich), die für Kriegszwecke genau so brauchbar sind, wie eine Schrotflinte zum Feuergefecht auf weite Entfernungen.

Außer den drei Flugzeugfabriken haben wir noch zwei Luftverkehrs-Gesellschaften, die ihre Namen verdienen. Es sind dies die Deutsche Luftreederei, die zusammen mit der Hapag arbeitet, und der Luftverkehrs-Sablatnik, der mit dem Norddeutschen Lloyd alliiert ist.

Aber auf dem Papier stehen noch eine Unmenge Luftverkehrs-Gesellschaften. Noch 41 Firmen sind in die Listen eingetragen. Und weitere 19 haben ihre Zulassung beim Reichsluftamt beantragt. Alle diese Gesellschaften tun absolut nichts. (Abgesehen von zweien, die Gelegenheitsflüge ausführen.) Sie hoffen auf bessere Zeiten und rühren, um dafür vorzuarbeiten, bereits jetzt die Werbetrömmel. (Möchte allzu energisch.) Dadurch haben sie ein falsches Bild im In- und Ausland — dort namentlich bei der Konkurrenz — hervorgezaubert. Und das Mißtrauen der Entente, das in mancher Beziehung geradezu krankhafte Formen angenommen hat, ist noch verhärtet worden.

Zurzeit bemüht sich die Entente, die drei Luftfirmen und die zwei Verkehrs-Gesellschaften, die wirklich etwas tun, auszulöschen. Zunächst will sie das Bauen völlig verbieten und den Luftverkehr nur noch in gewissen Grenzen bestehen lassen. Er muß ja sowieso sehr bald gänzlich aufhören, wenn kein Nachschub an Flugzeugen erfolgt.

Bei dem Vortrabe beruht sich die Entente darauf, daß der § 202 des Friedensvertrages noch nicht vollkommen erfüllt ist. Dieser Paragraph verlangt die Auslieferung des gesamten deutschen Luftfahrgerätes. Beim Zeppelin-Kreuzer mit seinen Riesenhallen fängt er an, beim Barometer des Flugzeuges hört er auf. Das ungeheure Material ist im ganzen Reich verstreut. Es ist unermesslich, daß manches abhanden kommt. Verirrte Patrioten und raffgierige Schieber haben bedauerlicherweise einiges zur Seite bringen können. Gewiß hätte die Aufsicht oft strenger sein sollen und die falsch angebrachte Milde bringt uns jetzt in große Schwierigkeiten. Aber ich möchte wissen, ob nicht ähnliche Klagen zu erleben gewesen wären, wenn sich England oder Frankreich in dem Umfang, wie wir, hätte entwaffnen lassen? Es muß hier festgestellt werden, daß immerhin 14 000 Flugzeuge und 27 000 Motoren ausgeliefert und unter Ententekontrolle hier im Lande gespeichert wurden und daß große Teile von verschobenen Gerät wieder aufgefunden und der Entente zugeführt worden sind. Sie hat wirklich nicht die geringste Berechtigung mehr, sich von Deutschland aus der Luft bedroht zu fühlen. Uns aber dafür zu strafen, daß die Durchführung des § 202 nicht so glatt vonstatten ging, ist nach dem Wortlaut des Vertrages nicht angeht.

Wir haben das Verfallene Dokument untergeschrieben. Wir wollen diesen fiktitiven Vertrag, der eine Dummheit und Grausamkeit zugleich ist, so lange nach besten Kräften bis zur Grenze des Menschenschöpfung zu erfüllen uns bemühen, bis seine Revision auf friedlichem Wege durchgeführt ist. Aber wir können keine Zusage, die aus der Wolk herab verflutet werden, entgegennehmen. Wenn die Entente mit der Forderung des Bauverbotes bis zur restlosen Erfüllung des § 202 durchdringt, so werden wir auf Jahre hinaus von einem wahrcheinlich sehr zukunftsreichen Wirtschaftszweig abgeschnitten sein. Denn ich fürchte, daß sich auch nach drei Jahren noch die Behauptung aufstellen lassen wird, irgendeine Zünderse sei noch nicht abgegeben und deswegen sei der § 202 noch nicht vollkommen erfüllt.

Die Regierung muß hier unbedingt der Willkür der Entente eine feste Schranke setzen. Sie muß nein sagen, sie darf eine weitere Zerkünderung unserer Wirtschaftslebens nicht zugeben. Sie darf nicht gestatten, daß Hunderte von Arbeitern in diesen schweren Zeiten profitlos gemacht werden. Sie hat im vorliegenden Falle, der sich unmöglich parteipolitisch ausschlagen läßt, das ganze Volk hinter sich. Zudem denken sich hier die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer völlig. Die Regierung sollte es deshalb ruhig darauf ankommen lassen, was die Entente im Falle unserer Weigerung tun wird. Will sie wegen dieses Konfliktes das Ruhrgebiet besetzen? Wird sie dazu die Zustimmung der vertriebenen interalliierten Regierungen erhalten? Wird sie dabei die moralische Unterstützung ihrer Helfer, die sie nicht entbehren könnte, haben?

Es ist richtig, es handelt sich zur Zeit nur um einen kleinen Industriezweig, der den unbedingten Schutz vor seiner Vernichtung von seiner Regierung energisch verlangt. Es sind im Augenblick nur fünf Firmen, die in Frage kommen, denn die Interessen der vielen anderen, die erst später tätig sein wollen, gehen augenblicklich naturgemäß nach einer etwas anderen Richtung. Aber man darf nicht vergessen, daß die Verkehrsfliegerei vielleicht den selben ungeahnten und ungeheuren Aufschwung

### Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

Eine französische Untersuchung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 14. Dezember.

In der französischen Halbmonatschrift „Le Correspondant“ vom November steht ein höchst interessanter Artikel über die aus- und eingehenden Interessen Frankreichs und Englands. Der Verfasser ist nicht genannt, aber er beweist eine genaue Kenntnis der politischen Entwicklung und der wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder, daß er entweder selbst ein Diplomat oder doch über ungewöhnlich gute Beziehungen verfügen muß. Es wundert mich, die 37 Seiten umfassende Studie in allen Einzelheiten nachzulesen, aber der Versuch ist gemacht, eine kurze Andeutung der wichtigsten zu geben, um so mehr als bisher die französische Presse den merkwürdigen Aufsatz nicht einmal erwähnt hat. Der Verfasser beginnt mit der Feststellung, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und England früher geworden seien, und es lächerlich sei, wenn die Diplomaten und Politiker nach jeder Wortstellung des „Wanderzirkus“, wie die heutigen Konferenzen England genannt werden, sich vor dem Publikum verneigen und rufen: „Wie sind vollkommen einer Meinung.“ „Das ist einfach wahr“, sagte er, „denn es besteht zwischen Franzosen und Engländern Verwandtschaften traditioneller und wirtschaftlicher Natur, es besteht außerdem eine völlig voneinander abweisende Auffassung der französischen und englischen Politik. England hat seit Jahrhunderten das fundamentale Prinzip gehabt, seiner kontinentalen Macht die Vorherrschaft in Europa zu verweigern. Alle Kriege, die England geführt hat, von dem gegen Napoleon II. bis zu dem letzten gegen Wilhelm II. galten der „balance of power“. Hier folgt ein geschichtlicher Rückblick auf die Verluste, die England mit Deutschland zu schließen, „denn gegen des 19. Jahrhunderts warden die Sympathien zwischen Frankreich und England nicht besonders groß.“ Mit Zitierten aus dem des Archiburn v. Gairdnein, aus dem das „Berliner Tageblatt“ vor dem Erscheinen viele Auszüge gegeben hat, wird gezeigt, nahe dieses Bündnis dem Abschluß war und wie es durch die ansehnliche Großmannsheit des Grafen Scherzer. „So kam es

zur Entente cordiale“ heißt es dann weiter. „Nach dem Krieg aber ist es in Europa auf dem Feld nur noch eine Großmacht, von der die englischen Imperialisten eine Vormachtstellung zu fürchten haben, nämlich Frankreich. Es kommt dazu, daß Frankreich jetzt nach England die größte Kolonialmacht ist und daß das französische Kolonialreich zum Teil auf festem Grundlag ruht als das englische. Deshalb verfolgen die Männer des Foreign Office die Bemühungen Frankreichs, seinen Machtbereich durch Spaltung Deutschlands zu erweitern, mit großer Anstrengung. Ganz offen wird von den Intriguen des Quai d'Orsay gesprochen und die allgemeine Ansicht ist, daß die Vorherrschaft Deutschlands nicht zu dem Zweck vernichtet worden sei, ein neues Frankreich Ludwigs XIV. oder Napoleons zu schaffen. Zu diesen politischen Erwägungen kommen auch wirtschaftliche Befürchtungen. England ist außer den Vereinigten Staaten die größte Handelsmacht der Welt und sein durch die Jahrhunderte bewährter „Kommerzialisismus“ wurde schwer getroffen, wenn Deutschland als Markt vollkommen zugrunde gerichtet würde.“ Leber die Frage „Deutschland“ gingen die Ansichten völlig auseinander und daran könnten auch gelegentliche Kompromisse nichts ändern. Frankreich treibe eine Politik des Gefühls, England eine Politik der Tatsachen. Um die große Wirtschaftsmaschine Englands wieder in Gang zu bringen, liege ein wirtschaftlicher Friede notwendig. Es folgt nun eine Anzahl von Einzeluntersuchungen über die letzten Ereignisse, angefangen von französisch-belgischen Vertrag bis zur Orientpolitik. Überall habe ich gezeigt und werde ich immer wieder zeigen, daß die Interessen oder die Bestrebungen beider Länder miteinander in Konflikt kommen.

„Denn“, so schließt der Artikel, „ist es notwendig, die Entente zu erhalten. Aber sie muß eine tatsächliche Einigkeit werden, durch die Abgeben von beiden Seiten.“ Zu diesem Ziele scheinen dem Verfasser zwei Wege zu führen, den einen deutet er nur an: die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die, wie er sagt, auch dem Präsidenten Harding willkommen wäre; den anderen sieht er in einem Entgegenkommen Englands in der Kolonialfrage, die für Frankreich von größter Wichtigkeit sei. Vor allem aber müsse auf die Mittel der alten Diplomatie und auf Pressefeldzüge verzichtet werden und offen über alle Fragen ohne Rücksicht und Hintergedanken ein klarer Meinungsstand erreicht werden. Das wäre wichtiger als alle halbwayen Nebenhandels und jenseits des Kanals.

Flugzeug nehmen könnte, wie es die Militärfliegerei getan hat, und das es sich bewegen können dürfte, jetzt selbst den härtesten Strauß auszufechten, um die beachtlichste Ausrottung der Reime unmöglich zu machen. Schließlich muß auch anerkannt werden, daß die fünf Firmen den Anspruch auf ganz besondere Vorfürsorge der Regierung haben, weil sie seit vier Jahren wertvolle Dienste leisten, die denen der übrigen Firmen mindestens gleichwertig sind, die 1910, wo die Fliegerei noch veracht und verspottet wurde, den Flugzeugbau aufnahmen.

Die Entente scheint auch zu fühlen, daß sie mit ihrem neuerlichen Baubeschluß nicht durchdringen dürfte, das juristisch selbst dann kaum begründet werden kann, wenn man seine Zustucht zu den gemauerten Adolantentritten nimmt. Deswegen schlägt sie gleichzeitig einen zweiten Weg ein, der auf dasselbe Ziel, Vernichtung des deutschen Flugzeugbaues und des deutschen Luftverkehrs, hinausläuft. Es handelt sich dabei um folgendes:

Aus der Masse unserer Flugmotoren hat die Entente einigen Firmen und einigen Einzelpersönlichkeiten insgesamt etwa 150 Stück befallen. Die übrigen wurden dann, wie schon gesagt, verschlagen. Nun verbietet sie nämlich, mit diesen Motoren ins Ausland und in die neutrale Zone (Golfenländer) zu fliegen, nachdem sie monatlang diese Flüge unbeanstandet gelassen hat. Bei dem Verbot der Auslandsflüge hat sie meines Erachtens überhaupt keine formal-juristische Unterlage. Bei der Unterbindung der Flüge in die neutrale Zone will sie sich scheinbar auf § 43 des Vertragses stützen. Sie dokumentiert für die Motoren, die wir euch gelassen haben, sind Kriegsmotoren, und der § 43 verbietet in der neutralen Zone die Unterhaltung und Ansammlung von Streitkräften sowie militärische Übungen und ... Vorkehrungen für eine Mobilmachung. Es ist unnötig, aber diese Auffassung auch nur ein einziges Wort zu verlieren. Nun können wir aber auf neue deutsche Motoren, die nicht unter den Begriff „Kriegsmotoren“ fallen, für die nächsten Jahre menschlichem Erwarten nach nicht rechnen, weil unsere Flugmotorenfirmen ihre Fabrikation längst völlig aufgegeben haben. Sie werden sie wahrscheinlich erst wieder aufnehmen, wenn die Sache ein besseres Geschäft zu werden verspricht. Ausländische Fabrikate einzuführen, verbietet aber zugleich die Palata und die Entente. Mit den 150 Motoren, die wir besitzen, können wir uns aber nicht weiter entwickeln. Wir werden bald mit ihnen zu Ende sein, denn die Lebensdauer eines Flugmotors ist bekanntlich nicht sehr lang.

In der Zeit zwischen Waffenstillstand und Inkrafttreten des Friedensvertrages ist eine Anzahl deutscher Motoren auf völlig legalen Wege ins neutrale Ausland geschafft worden, denn die Ausfuhr war ja nicht verboten. Die Entente ist über diese Tatsache unterrichtet. Diese Motoren müssen wir jetzt wieder zurückholen und in unsere Verkehrsflugzeuge einbauen. Den Einspruch der Entente gegen Einfuhr und Einbau dieser Motoren muß die Regierung auf das bestimmteste als ungesetzlich und juristisch unhaltbar zurückweisen. Die Regierung kann aber hier dem militärischen Mißtrauen der Entente eine Konzession machen, indem sie sich mit der Einfuhr von insgesamt 600 Stück (ich hoffe, daß sie zu erlangen sein werden) für das ganze Jahr 1921 begnügt. Wenn man bedenkt, daß unsere Flugzeugindustrie gegen Kriegsende mit einer Anzahl von 2500 Flugzeuge herausbrachte, so kann bei einer Kontingentierung auf etwa 600 Stück für das Jahr 1921 auch nicht von dem Schatten einer neuaufliegenden militärischen Gefahr die Rede sein. Außerdem hätte die Regierung noch der Entente freigegeben, die Betriebe unserer Flugzeugindustrie zu betreten, damit sie sich jederzeit überzeugen kann, daß nur Verkehrsflugzeuge im Rahmen der genannten Kontingentierung gebaut werden. Es müßten hierbei jedoch Schutzmaßnahmen vorbehalten bleiben, die wichtige technische Neuerungen den neugierigen Blicken technischer Ententebeauftragter entziehen.

Wie wenig stichhaltig die Begründung ist, mit der uns die Demingung unserer früheren Motoren verboten wird, weil sie gefährliche „Kriegsmotoren“ seien, geht aus folgenden hervor: Angenommen, unsere Industrie brächte jetzt einen sogenannten „Kriegsmotor“ heraus, so würde dieser selbstverständlich dem „Kriegsmotor“ überlegen und nicht unterlegen sein. Im Falle eines neuen Krieges würde sich der neue Friedensmotor ohne

weiterhin in ein Kriegsflugzeug einbauen lassen, das mit ihm selbstverständlich mehr leisten würde als mit einem veralteten Motor aus dem Feldzuge. Demnach müßte die Entente vom militärischen Standpunkte aus unseren zukünftigen Friedensmotor mehr fürchten als unseren jetzigen „Kriegsmotor“. Aber hier kommt ja nicht der militärische Standpunkt, sondern scheinbar lediglich der Konkurrenzstandpunkt in Frage.

Die Aufhebung des Baubeschlusses allein wäre nur ein Schein Erfolg. Es muß dazu noch die Zulassung einer bestimmten Anzahl von sogenannten „Kriegsmotoren“ für das Jahr 1921 erreicht werden. Sonst wird unsere Flugzeugindustrie, die seit zwei Jahren geradezu ein Martrium erduldet, zugrunde gehen.

Gegen diese Art der Vertragszwangung, wie sie hier die Entente in gänzlich unberechtigter Weise betreibt, sollten vor allem wir Majestäten auf das entschiedenste Stellung nehmen, denn die Maßnahmen der Entente laufen auf nichts anderes als auf eine Doppelzählung des Nationalismus und eine Unterjochung der Revandagier hinaus.

## Vor dem Abbruch der Genfer Bölkerbundslagung.

### Ein Rück- und Ausblick.

Telegramm unseres Korrespondenten Dr. Victor Auburtin.

Genf, 14. Dezember.

Es läßt sich schon jetzt erkennen, daß der Bölkerbund seine großen Aufgaben, die er sich gestellt hat, vollständig lösen wird, daß nicht eine der Hoffnungen, die man ihm entgegengebracht hat, erfüllt werden wird. Die Entschädigung wird im Innern des Bundes immer tiefer, die Reben, namentlich der Vertreter kleiner Staaten, werden immer bitterer, und man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß diesen Staaten Zweifel ankommen, ob sie sich an dem sehr kostspieligen Unternehmen weiter beteiligen sollen. Die Worte des Vorworgers Lange: „Wir dürfen nicht mit leeren Händen nach Hause kommen“ sind von allen als Warnung aufgefaßt worden, und man fragt sich nun, was die Herren anders in Händen haben, als den Kommissionsbeschluss, eine neue Kommission zu schaffen. Der wichtigste Grundbaß des Bölkerbundes, der schon in seinem Namen angezeigt ist, der der Gemeinamkeit, ist nicht nur nicht befolgt, sondern sogar mißachtet worden durch die Zurückweisung aller russischen Randstaaten, die auch im nächsten Jahre die ihrer inneren Organisation nicht fertig, also für den Bund nicht „reife“ sein werden. Und von den drei großen, noch fern stehenden Mächten rußt man überhaupt nicht mehr zu sprechen. Der Name Deutschland ist in diesen vier Wochen vielleicht dreimal ausgesprochen worden, zum letzten Male von Wikonje Sahajsi, der Entlegungen sieht und sich deshalb die Bemerkung erlauben konnte, von der Aufnahme Deutschlands werde man im nächsten Jahre reden! Aber selbst auf diese „Hoffnung“ ist nicht viel zu geben. Wer den soeben veröffentlichten Bericht der fünften Kommission über die Aufnahme Bulgariens liest, muß sich die Frage vorlegen, ob Deutschlands Schicksal nach dem Bölkerbunde so hoch sein wird, daß es sich ein so tief demütigendes Examen unterziehen wollte. Die Vertreter dieses Berichtes müßten jedem Bulgaren die Schamrote ins Gesicht treiben. Die bulgarische Regierung hätte mit schmeicheleichen Worten die tiefste Ergebenheit für die Entente gelobt, aber das hatte nicht genügt. In der Kommission forderte der serbische, der rumänische und der griechische Delegierte, daß man den auszunehmenden Staat noch gründlich bis in alle Winkel untersuchen müsse, ob auch alle Schuldigen befreit, ob nicht etwa Waffen vergraben, und vor allem, ob die hochvertraulichen Bulgarenoffiziere, die während des Krieges zum Feinde übergegangen waren, wirklich amnestiert und in Amt und Würden eingesetzt worden seien. Kein Privalmann, der in einen Verein aufgenommen werden will, würde sich einer solchen Durchschweifung unterziehen.

Die Abstraktionssfrage kommt diese Woche noch vor die Vollversammlung, aber da die Meinungen meistens nur Wiederholungen derjenigen der Ausschüsse sind, so wird auch dabei nichts anderes herauskommen, als aus der Kommission, nämlich: allgemeine Grundzüge und Erläuterungen, die wie Herr Fischer freundlich bemerkt, mit diesen Erläuterungen machen werden, was ihnen paßt! Weder Frankreich, das sich vor Deutschland fürchtet, noch England

und Japan, die über Nordamerikas gewaltige Flottenrüstungen unterrichtet sind, denen daran, ihre militärischen Ausgaben bedeutend einzuschränken, und selbst ein so kleiner fliegender Staat, wie Holland, sprach in der Kommission seine Bedenken gegen ein zweifelhafte Festhalten an den gegenwärtigen Herbesbürgen aus. So dürfte das einzige Ergebnis dieser Session der Ausbau des technischen Bestandes sein. Aber in den täglichen Berichten ist schon gemeldet worden, wie schwer dieses Werk war, und wie dünn und leicht gerüstet das Reich ist, das sich zu erkennen, daß einige der kleinen und der fernern Staaten die parlamentarischen und Repräsentationsverpflichtungen dem Bunde gegenüber nur mit Mühen ertragen.

Die amerikanischen Zeitungen, die ein Interesse daran haben, alle Zetelungen der Versammlung zu benützen, haben an demselben über geheimnisvolle Intrigen und Gruppenbestrebungen im Innern des Bölkerbundes berichtet, und diese Darstellungen sind auch in die deutsche Presse gelangt. Aber die Dinge selbst sind angefallen hat, daß wohl, daß solche Gruppen sich nur von Fall zu Fall gebildet, und daß keine wahre Parteiverteilung sich nicht ergeben hat. Auch die beliebte Darstellung, daß im Genfer Reformationsrat sich ein Kampf zwischen Groß- und Kleinstaat angetragen habe, stimmt schon deshalb nicht, weil fast alle die ein Grosmacht im Bunde mit einigen Kleinstaatgenossen die andere Grosmacht sind, und die durch den Vereinigten Politik vertreten war, mehr als einmal die Sache Frankreichs vertrat. Die Geschichte von einem Aufstand der kleinen Staaten gegen die Grosmacht ist höchst interessant, sie stand der kleinen Staaten gegen die Grosmacht, so den Kampf um die Verteilung der nicht ständigen Mitglieder des Rates. Aber es ist falsch, Krennath der nicht ständigen Mitglieder darauf abzustimmen. Nach der Darstellung der ganzen Session darauf abzustimmen. Nach der Darstellung, wenn auch nicht in allen Fällen, hat sich der Gegenstand zwischen den europäischen und den nichteuropäischen Staaten herausgestellt. Dieser Kongreß, der größte, den die Welt je gesehen hat, bedeutet einen ersten Schritt auf dem Wege zur Befreiung der vier anderen Kontinente von der Vorherrschaft Europas, und das ist die eindrucksvollste Lehre, die man bis jetzt aus den verworrenen und widersprüchlichen Debatten gewinnen konnte. Den Staaten jenseits der Meere ist das gleiche Stimrecht eingeräumt worden, wie Frankreich und England, und sie haben, wie das gelungene Beispiel Rußlands zeigt, von diesem Recht keinen schlechten Gebrauch gemacht. Das wäre dann immerhin ein Fortschritt. Von dem westlichen, mit Geschichte belasteten Europa vertrieben sich der Schwerpunkt der Welt zu den jüngeren Staaten der anderen Kontinente.

## Der neue deutsch-österreichische Botschafter in Berlin.

(Telegramm.)

Wien, 13. Dezember. (M. T. R.)

Der Botschafter jenseits der Grenze des ehemaligen deutsch-böhmischen Abgeordneten Dr. Philipp Langenhan zum Botschafter in Berlin bevor.

Dr. Langenhan erweist sich in Berlin harter persönlicher Sympathien aus früherer Tätigkeit während der Kriegsjahre. Er leitete die Berliner Vertretung des ehemaligen Kriegshauptmanns von Deutsch-Böhmen hat er einige Zeit bekleidet. In der Anlaufphase steht der neue Botschafter durchaus auf dem Boden seines Vorgängers Rudo Semmann.

\* Dr. Thomas Robbins, Direktor der Anglo-indischen Handelsgesellschaft in Berlin, Dorstenerstraße 40, ist zum Vertreter von London, London, ernannt worden.

\* Der unabhängige Sozialdemokrat Stammer wurde zum Kandidat des Kreises Bitterfeld gewählt.

\* Der demokratische Gustav Beder (Barmanshagen) ist als Nachfolger von Hans Leub zum Kandidat (Dros) des Kreises Stargard mit 4000 Stimmen gegen 3500 Stimmen der Rechten gewählt worden.

Razzia in der Friedrichstraße. Heute nachmittags gegen 2 Uhr nahen die Polizei eine Razzia in der Friedrichstraße vor. Das Café National und das Kaisercafé wurden nach Willkür durchsucht und Teppichverläufer abgeholt; eine Reihe von Händlern wurde festgenommen.

der Geige unterfückte Interpreten; aber beim besten Willen konnte ich aus den vorgeführten Liedern keine kompositorische Begabung herausgehören. Vielleicht gelingt Herrn Guttmann Besseres, wenn er weniger originell zu sein sucht.

Einige Momentbilder. Pepito Arriola war ein Kind, das von Musik irrend und noch mehr als einer Richtung ungewöhliches erwarten ließ. Jetzt ist ein junger Mann am Flügel und spielt uns fort und trocken Schallviolin-B-moll-Konzert von Rosen vor. Nicht alle Akkordräume reifen! Felix Robert Wenzelsohn begleitet sachgemäß und läßt — ohne jede Initiative — das Philarmonische Orchester dessen Bestens fodes „Capriccio italiano“ spielen. — Emerico Vidor erfreut sich lebhaftesten Beifalles. Ich höre noch den Schluß von Beethovens Cis-moll-Sonate und Schuberts Wandersymphonie. Der Pianoforte ist am Schluß (von Fugato ab) die letzte Kraft und Größe; aber es ist alles unzufällig empfunden, technisch auf hoher Stufe und, was besonders auffällt, mit überlegenem Sinn disponiert. Man fordert Zugaben. — Zu der Hochschule ein Kammerorchester, aus Philharmonikern gebildet, von Theodor Mangersdorf geleitet, bevor eine hohe Gestalt: Helge Lindbergs, der nordische Sänger. Ein Ruf geht ihm voraus: er hat einen „langen Atem“. Zugegeben. Aber der Ton seines ungelassenen Balles ist so wenig tief gelüftet, so wenig Träger der Empfindung, daß man seines technischen Reichtums nicht froh wird. Händels „Spando anco“ klingt in seinem Mund fast grotesk; auch Bach bekommt etwas Fremdes. Die tiefe Besse der „Streitkräftantate“ bleibt unerschlossen. Inzwischen, belagert der „Stimmkraft“ über ihre Wirkung, und der Erfolg ist groß. — Ein anderes Konzert mit kleinem Orchester, das Alexander Weinbaum leitet, ist dem Solo- und Zweifelsang zweier Frauen gewidmet. Die treffliche Paula Weinbaum bewährt sich als grundmuffelische, geschmackvolle und stillföhrliche Sängerin. Gegen ihren sonoren Alt liegt der kritische Sopran Rose Steiners ab, dessen Tiefe sich zu keiner Gritillie fügen wollen. Bad-Händel-Mozart füllen ein wenig eintönig das Programm. Fingergän solche Nummern — darunter recht typische Händel-Arien — das hat etwas Akademisches und entspricht nicht mehr unserem musikalischen Bedürfnis von heute.

In einer Notiz über den Weimarer Prozeß gegen Walter Aemans „Schlands“ war der Name Wähldts genannt, als einer der Gutachter neben Bede und Kamp, auf die sich die Anklage stützt. Gehörte Wähldts nicht und mit, daß hier ein Verstum vorliegt, er hat niemals ein Gutachten über das genannte Werk abgegeben, es aber in dem von der Anklage vertretenen Sinne.

## Aus den Konzerten.

Von (Nachdruck verboten.)

Dr. Leopold Schmidt.

Wir stehen dicht vor Beethovens (mutmaßlich) Geburtstag, der sich diesmal zum hundertundfünfundzigsten Male jährt. Man kann sich vorstellen, was aus solchem Anlaß in einer Musikstadt wie Berlin geahnt ist. Inzwischen, alles, was mit des Meisters Gedächtnis zusammenhängt, soll, soweit es kritisch in Betracht kommt, das nächste Mal zusammengeführt werden. Heute wollen wir uns aber nicht von Zeitgenossen unterhalten. Es gab davon Unterschiedliches zu hören.

Zunächst ein Klaviertrio in H-moll von Gotthard Lindberger. Ausführliche: Nicolas Raminon, Gottfried Jelesander und Gertraud Richter (für Spiel hat Zug und Charakter). Der junge blonde Komponist, ein Schüler aus Südböhmen, hat eine Gemeinde und — was noch wichtiger ist — einen tüchtigen Dirigenten. Ist er ein Meister? Wir wollen abwarten. Sein Trio nimmt wiederholende Rückschlüsse, in Allegro risoluto des Finales. Musikische Themen lauschen auf, Einwirkungen der modernen, freien Harmonik in gelundem musikalischen Denken. Kraftvolle Rhythmi. Da ist offenbar ein Reichbegabter. Ist er berufen zum Führer aus dem Labryrinth eines heutigen Musik, so soll er uns willkommen sein.

Ein Einspiel in das Schafeln der Jünger Franz Schrekers gedenkte das zweite „Anbruch-Konzert“. (Wenn ich mich nur an den Westfälischen Roman gewöhnen könnte!) in der Philharmonie. Da erliegen jetzt Alois Hada mit einer „Frühlingsouvertüre“ von Schrecker. Man kennt hier Schrecker noch zu wenig, um zu wissen, was an solchen Arbeiten Abbild, Schule des Meisters ist; aber ein freies Talent war unverkennbar. Diese Musik hat nicht viel thematische Substanz, aber Farbe und Stimmung bei herausragender Beherrschung aller Orchestermittel. Noch härtere Begabung vielleicht spricht aus dem einfachen Klavierkonzert op. 4 von Joseph Rosenfeld, der sich zugleich als ausgezeichneter Pianist einführt. Mit diesem Wirkungseffekt hat er die oft so problematische Verknüpfung des Soloinstrumentes mit dem Tutti, des Virtuositäten mit dem Symphonischen bereinigt. Schrecker hatte seine Schüler selbst der Selbstständigkeit vorzuleiten wollen, aber durch ein Augenblick an Dirigenten verhindert. Für ihn war Selmar Meyrowitz angebrungen, der sich bei zunehmender Praxis zu einem unserer gemauerten Konzertdirigenten entwickelt hat. Wie er die komplizierten und komplizierten Werke sich geistig angeeignet hatte

und ihre improvisierte Leitung, das war eine Tat, die ihn so bald keiner nachmacht.

Und wieder stand Meyrowitz mit seiner überlegenen Beherrschung moderner Partituren und seiner sicheren Gestaltungsgabe an der Spitze der Philharmoniker, als es in der Singakademie galt, die Werke finnischer Tonsetzer zu vermitteln. Den Reigen eröffnete Jean Sibelius. Er ist sojungen der Klaffter seines Landes. Die Orchesterbildung „Die Oskanden“ hat die ihm eigentümlichen leuchtenden Farben; besonders häufig ist der Anfang mit seinem Holzbälenspiel. Unter den neueren Komponisten ist Teivo Ruusa der bedeutendste. Er wußte natürlich zu malen, wie es „im Walde regnet“ oder wie die Rotwilde die Frühlingsart anstehen und ein Volkstied wiekman für Orchester zu setzen. Seine Witwe (er wurde bei einem Stahlmühle erschossen im Dofe aufgefunden, erst zweieunddreißigjährig) Alma Ruusa ist eine nicht sehr kultivierte, aber stimmungsbegabte, sympathische Sängerin. Die sechs ab ihre Sandmannin (Mit Stimm) auch einigen eigenartigen Liedern von Brjü Rippon zum Erfolg. Zwei Symphonienstücke von Madetoja konnte ich nicht mehr abwarten. Die finnische Musik, in ihrer Richtung von Raffinement und Reinheit nicht unterreicht, hat nicht (aber noch nicht) den Ausdruck und Formreichtum, um — im Gesang überdies ein uns unverständliches Ziel — einen ganzen Abend über uns in Spannung zu halten. (Dabei auch der an sich bedauerliche Schmacke der Bindung solcher Konzerte.) Aber sie hat den Reiz des Jugendlichen und Bodenständer. Vor mir liegt eine Oper „Aulero“ von Armes Kanari, der unter Leitung von Mikser in Singfänger großen Erfolg gehabt hat. Es ist eine aus tiefsten Quellen gespeiste, geistlich gepflegte Volkstümlichkeit darin.

Um wie viel trotz aller Rasterwerke mit der modernen Harmonik und Orchesterleitung die Eschandenbilder musikalisch näher empfunden als wir, zeigte wieder eine symphonische Dichtung „Lenten“ von Hajmar Borgström. Sie will schildern, wie der „Gebanke“ von Welttraum geragt, in dem Welttraum wieder zurückgeführt nach harten Drangalien, die er durch den Idealismus, den Dämon der Begierde, das Joch des Materialismus erlitten. Man denke, wie das ein Deutscher gemacht hätte! Der Däne vermissiert das alles ganz harmlos, behahe kindlich. Vieles ist annehmbar, manches zeigt trotz alledem von natürlicher Begabung. Karl Maria Ky war selbstlos genug, die wenig dankbare Wäldts, die er stummig heranzubachte, an das Ende seines mit den Philharmonikern gegebenen Konzerts zu legen.

Einem eigenen Kompositionabend veranstaltete Oskar Guttmann. Er hatte in Paula Guttmann und Eugen Briege einige, gelegentlich von Kurt Oppenheimer auf





### Die Einstellung der deutschen Zahlungen im Clearingverfahren.

#### Für eine Neuregelung des Ausgleichsverfahrens

Von einem Wiener Blatt ist die Meldung verbreitet worden, dass Deutschland sich bei den Ausgleichsämtern für zahlungsfähig erklärt habe. Die Nachricht ist an sich unzutreffend in ihrer Form angedeutet. Das was richtig ist, ist, dass eine neue erfolgreiche halbmonatliche Mitteilung herausgeschickt, handelt sich um Schritte, die die deutsche Regierung im Anchluss an Verhandlungen mit den fremden Regierungen zu tun gezwungen sah. Diese Verhandlungen hatten zum Ziel, eine neue Regelung für die Zahlung der aus dem Ausgleichsverfahren sich ergebenden monatlichen Debitsalden zu erreichen. Es ist in der Handelszeitung des „Berliner Tageblatts“ des öfteren auf hingewiesen worden, einen wie verhängnisvollen Rückblick die Regelung der monatlich festgestellten deutschen Verpflichtungen auf das deutsche Wirtschaftsleben sei. Während wir die aus dem Clearingverfahren sich ergebenden Verpflichtungen, soweit sie die deutschen Ansprüche an die feindlichen Länder übersteigen, in den Devisen der Gläubigerstaaten gleichen müssen, wird ein sich zu Deutschlands Gunsten auswirkendes Aktivsaldo und lediglich auf Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben. Durch den Modus der monatlichen Begleichung der Passivsaldo wird die Verteilung dieser Bestimmung aber noch untrüglich gesteigert. Denn sobald der Fall eintritt, dass der Passivsaldo bereits eintritt, in der Regel, dass die Verrechnungsbilanz in den feindlichen Ländern schneller vor sich geht, als in Deutschland, wenn wir monatliche Passivsaldo zu begleichen, deren Gesamtbetrag über das Gesamtpassivsaldo, das in der einmaligen Endabrechnung ergebnis wäre, hinausgeht. Es entstehen nämlich zunächst ausserordentlich hohe deutsche Passivsaldo, die alle in fremden Währungen bezahlt werden müssen, während im weiteren Verlaufe der Abrechnungsverfahren dann erst die deutschen Aktivsaldo zu erheben, die am Ende der Abrechnung zum Monatsende fürcht werden. Wenn sich also nach derartigen Schätzungen für Deutschland ein Gesamtpassivsaldo England gegenüber von etwa 100 Mill. Pfund, Frankreich gegenüber von 6 1/2 Mill. Pfund und Belgien gegenüber von über 1 Mill. Pfund ergibt, so bedeutet das nicht, dass die von Deutschland wirklich aufzubringenden Mittel für ein ausländisches Zahlungsmittel nicht noch beträchtlich über diese Summen hinausgehen werden.

Die Verhandlungen, die über die Abstellung dieser Belastung auf deutscher Seite mit den englischen und französischen Regierungen geführt worden sind, haben zu einem Ergebnis bisher nicht geführt, sind aber nicht gleichzeitige mit den Verhandlungen in Rücksicht auf diese Verhandlungen hat die deutsche Regierung die Ausgleichsämter der beteiligten Staaten darauf hingewiesen, dass einstweilen eine Regelung der Konten in der bisher vorgesehene Form nicht stattfinden kann. Es ist also festzustellen, dass sich die Erklärung der deutschen Regierung an die Ausgleichsämter nur auf die Form des Ausgleichsverfahrens bezieht. Wir hatten im letzten Monat, wie uns bereits berichtet worden ist, allein in England rund 100 Mill. Pfund Sterling, an Frankreich 100 Mill. Franc zu zahlen, und der Ausweisminister hat bereits darauf verwiesen, dass die Zahlung der Beträge aus dem Clearingverfahren überhaupt nur möglich geworden ist dadurch, dass Kohlenvorschüsse, wie sie nach dem Spaa-Abkommen festgesetzt wurden sind, zur Begleichung dieser Rechnung mit verwendet wurden. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass diese Kohlenvorschüsse ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der besseren Versorgung der Bergarbeiterschaft nicht zugeführt werden konnten, dass also der Spaa-Abkommen zugehörigen Kohlenvorschüsse nicht zu dem Zweck der Kohlenlieferung, wie es neben der ungeheuren Belastung unserer Wirtschaft bringen sollte, neue und vorher nicht rechenerbare Ansprüche an uns gestellt wurden. Der Schritt, den die deutsche Regierung unternommen hat, sowohl vom wirtschaftlichen, wie vom rechtlichen Standpunkt begründbar und wird durch den Friedensvertrag gestützt. Es ist vom wirtschaftlichen Standpunkte aus verständlich, ein Land, von dem man grosse Wiedergutmachungsleistungen erwartet, der baren Substanzverlust zu betrauen. Das ist der geschichtliche Grund, weshalb die deutsche Regierung mit derartigen Forderungen auferlegt. Wir rechnen mit einem monatlichen Defizit der Handelsbilanz von mehreren Milliarden Mark. Wir verfügen nur über einen sehr beschränkten Betrag von Devisen, die wir benötigen bei der sinkenden Produktivität der Landwirtschaft und einer teilweise sehr schlechten Ernte grosse Getreide- und Lebensmittelimporte. Werden wir nicht in die Lage versetzt, diese Importe mit Devisen zu bezahlen, so sind wir gezwungen, auf diese Importe überhaupt zu verzichten, denn die Rücklage in der Frage kommenden Jahre kann kein Land sich leisten und ein derartiges Verhalten würde unsere Währung im Stand der österreichischen Krone oder des russischen Rubel bringen. Das Recht, uns mit den Lebensmitteln und Rohstoffen zu versehen, um unsere Lebens- und Wirtschaftskraft zu erhalten, erkennt der Friedensvertrag ausdrücklich an.

Die rechtliche Lage ist durch Folgendes charakterisiert: Die Finanzkommission der deutschen Friedensdelegation hatte bereits darauf hingewiesen, wie ausserordentlich ungünstig und für die deutsche Währung vernehmlich die Bestimmungen des Friedensvertrages über das Clearingverfahren sind, besonders über die monatliche Zahlung der Debitsalden. Darauf antworteten die alliierten Regierungen in ihrer Entgegnung auf die deutschen Gegenvorschläge in den Abschnitten V und VI. In diesem Kapitel wird zunächst allgemein einleitend ausgeführt: In dem Ausgleichsverfahren sei, was Einzelpersonen betrifft, vollkommen die Gegenseitigkeit gegeben. Das System weiche von der nach jener Hinsicht hin gewährten Gegenseitigkeit nur insoweit ab, als es sich auf die Nichtauszahlung der Überschüsse an Deutschland bezieht, welche von den alliierten und assoziierten Mächten geschuldet werden könnten und diese Bestimmung sei lediglich die Anwendung des Grundsatzes der Zurückhaltung feindlichen Eigentums zur Befriedigung von Ansprüchen. Und es wird dann weiter ausgeführt, dass dieses Prinzip der Gegenseitigkeit auch in der Regelung des Ausgleichsverfahrens durchgeführt sei, denn wenn in der deutschen Note betont würde, dass das gewählte Regelungsverfahren eine grosse Nachfrage nach Wechseln in der Währung der alliierten und assoziierten Mächte hervorgerufen werde, und dass es notwendig zu einer weiteren Entwertung des deutschen Geldes führen müsse, so sei dies die Ansicht, die nicht berechtigt. Wörtlich heisst es dann in V, 6, der Artikel 296 des Friedensvertrages auf deutsch interpretiert wird: „Es liegt kein Grund vor, ein solches Ergebnis vorzusehen. Der von Deutschland geschuldete Betrag wird praktisch dadurch beglichen werden, dass Deutschland die Ergebnisse aus der Liquidation des deutschen Eigentums in den alliierten und assoziierten Staaten gutgeschrieben werden.“

Hier ist also ausdrücklich die Voraussetzung festgelegt, unter der das Clearingverfahren gedacht werden muss. Diese Voraussetzung ist nicht eingetroffen, und der Anspruch der deutschen Regierung auf Änderung des Verfahrens ist daher gerechtfertigt.

Von zinsloser Stelle wird noch erklärt: Seit einem Vierteljahr hat Debit Deutschlands im Clearingverfahren derart angewachsen, dass allein an England 9 Mill. Pfund Sterling zu bezahlen waren. Frankreich hat noch grosse Forderungen auf das Konto „Elass“ und England noch schätzungsweise solche von 20 Mill. Pfund Sterling. Insumant werden die Passivsaldo für Deutschland mit etwa 9 Milliarden Mark nicht zu hoch geschätzt sein. Da die Bezahlung in Devisen erfolgen muss und Markzahlung nicht angenommen werden, die volle Auszahlung zu Summe aber die Gefahr eines Wirtschaftsbankrotts als drohend

erscheinen lässt, hatte sich die Reichsregierung bereits im Oktober an die Entente gewandt, um auch die Anschreibung des Debets auf die Gesamtsalden der Wiedergutmachung zu erzielen. Nachdem dieses Ansinnen abgelehnt worden war, erfolgte am 22. November ein neuer Schritt bei den Mächten, der jedoch wieder mit Ausnahme von Belgien und England abgelehnt wurde. Die Abrechnung erfolgte vor allem offiziell, England weigerte sich in mündlichen Besprechungen. Die endgültige Regelung ist also noch nicht erzielt, es wurde gestern von der Reichsregierung nach London Welsung gegeben, noch einmal die deutschen Bedenken gegen die bisherige Form der Abrechnung vorzutragen.

### Zusammenschluss zweier bayerischer Banken.

Die Konzentrationsbewegung im Bankgewerbe, die seit einiger Zeit wieder stärker aufgelebt ist, hatte sich bisher im wesentlichen auf Banken ausserhalb Bayerns beschränkt. Jetzt greift sie auch auf dieses Gebiet über, und zwar schliessen sich die Bayerische Vereinsbank und die Bayerische Handelsbank zusammen. Offiziell wird folgendes mitgeteilt:

Die Direktoren der Bayerischen Vereinsbank und der Bayerischen Handelsbank einigten sich über einen engeren und dauernden Zusammenschluss der beiden Institute unter der Bezeichnung „Vereinigte Handelsbank — Bayerische Vereinsbank“. Die Bankabteilung der Bayerischen Handelsbank und ihre Filialen gehen auf die Bayerische Vereinsbank über. Die Bayerische Handelsbank überträgt ihr Gesamtvermögen, soweit es nicht in der Bilanz ihrer Bodenkreditanstalt ausgewiesen ist, auf die Bayerische Vereinsbank unter der doppelten Bedingung, dass sie den Gewerz ihres Aktienkapitals und ihrer Reserven in Aktien der Bayerischen Vereinsbank erhält, und ferner, dass die Aktionäre der Bayerischen Handelsbank ihre Aktien in Aktien der Bayerischen Vereinsbank auf paritätischer Grundlage abgeben wird. Der Vertrag soll mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1920 Geltung haben.

An dieser Fusion ist besonders auch interessant, dass es sich um zwei „gemischte“ Bankinstitute handelt, d. h. solche, die neben ihrer gewöhnlichen Kreditbankabteilung auch eine Hypothekbankabteilung besitzen. Es wird nun ausdrücklich erklärt, dass die Hypothekbankabteilungen auch weiterhin getrennt bleiben, dass die Bayerische Vereinsbank nur das Gesamtvermögen auf die Bayerische Vereinsbank überträgt, das nicht in der Bilanz ihrer Bodenkreditanstalt ausgewiesen ist. Die Banken dürften von der Verschmelzung der Hypothekbankabteilungen deshalb abgesehen haben, weil, wie wir schon wiederholt hervorhoben, namentlich bei grösseren Hypothekbanken infolge der Verschiedenheit der Verhältnisse kaum überwindbare Schwierigkeiten vorhanden sind. Die Bayerische Vereinsbank arbeitet zurzeit mit einem Aktienkapital von 51 Mill. M., und sie hatte Ende 1919 51 Mill. M. Hypothekbankdarlehen und daneben 39,9 Mill. M. Kommunalobligationen im Umlauf. Die Bayerische Handelsbank verfügt über ein Aktienkapital von 44,5 Mill. M. Ihr Umlauf an Hypothekbankdarlehen stellte sich Ende 1919 auf 44,7 Mill. M. und an Kommunalverschreibungen auf 29,7 Mill. M.

### Zur Verschmelzung im Hypothekbankgewerbe.

In unserer gestrigen Abendausgabe haben wir die Meldung eines unserer Korrespondenten wiedergegeben, wonach das Ministerium von Sondershausen gegen die geplante Fusion der Schwarzburgischen Hypothekbank mit der Deutschen Grundkreditbank in Gotha Einspruch erhoben habe. Nach unseren Informationen ist dies soweit richtig, als die Deutsche Grundkreditbank in Gotha die Hypothekbank der Schwarzburgischen Hypothekbank ein Schreiben gerichtet hat, das in diesem Sinne gehalten ist. Es enthält aber den wichtigen Schlusspassus, dass die Regierung dann mit der Fusion einverstanden ist, wenn die Generalversammlung die Anträge der Verwaltung genehmigt, wenn ausserdem die Regierung an die Schwarzburgischen Hypothekbank ein Schreiben gerichtet hat, das in diesem Sinne gehalten ist. Es enthält aber den wichtigen Schlusspassus, dass die Regierung dann mit der Fusion einverstanden ist, wenn die Generalversammlung die Anträge der Verwaltung genehmigt, wenn ausserdem die Regierung an die Schwarzburgischen Hypothekbank ein Schreiben gerichtet hat, das in diesem Sinne gehalten ist. Es enthält aber den wichtigen Schlusspassus, dass die Regierung dann mit der Fusion einverstanden ist, wenn die Generalversammlung die Anträge der Verwaltung genehmigt, wenn ausserdem die Regierung an die Schwarzburgischen Hypothekbank ein Schreiben gerichtet hat, das in diesem Sinne gehalten ist.

### Mitgliedschaft Ausgabe von Vorkursaktien mit mehrfachen Stimmrecht.

Die Stralauer Glashütte Akt.-G. hatte heute eine Generalversammlung einberufen, auf deren Tagesordnung Anträge auf Erhöhung des Aktienkapitals um 800 000 M. Stammaktien und 600 000 M. Proz. Vorkursaktien mit mehrfachen Stimmrecht standen. Diese Generalversammlung ist von der Aufsichtsratskommission vor einigen Tagen abgelehnt worden, und zwar aus ähnlichen Gründen wie bei der Sarrati-Ges. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass die bisherige Verwaltungsgemeinschaft nicht mehr über die erforderliche qualifizierte Aktienmehrheit verfügt, um die Kapitalerhöhungsanträge, besonders den Antrag auf Ausgabe der Vorkursaktien mit mehrfachen Stimmrecht zur Annahme bringen zu können. Dazu wäre bei der Gesellschaft eine Mehrheit von zwei Dritteln der in der Generalversammlung vertretenen Stimmen notwendig gewesen, die deswegen nicht erreicht werden konnte, weil eine bisher fremde Gruppe in der letzten Zeit eine qualifizierte Aktienmehrheit erworben und erklärt hat, dass sie gegen die Anträge der Verwaltung stimmen werde. Bisher hat sich diese Minoritätsguppe noch nicht demaskiert, sondern nur Strohmänner vorgeschickt, in Verwaltungskreisen der Stralauer Glashütte vermutet man aber, dass es sich um keine ausländische, sondern eine deutsche Gruppe handelt. Da somit trotz der einfachen Aktienmehrheit, über die die Verwaltungsgemeinschaft noch immer verfügt, eine Annahme der Verwaltungsanträge nicht möglich gewesen wäre, ist die Generalversammlung abgelehnt worden, allerdings nicht wie bei der Sarrati-Ges. erst unmittelbar vor der Generalversammlung, sondern bereits am Sonnabend voriger Woche. — Was die Sarrati-Ges. anlangt, so hat übrigens das Kammergericht auf Grund derselben Rechtsvermutungen, die wir in unserer gestrigen Abendausgabe wiedergegeben haben, der Anteilungsklage der schwedischen Gruppe gegen die Beschlüsse der Generalversammlung im Mai d. J. auf Ausgabe neuer Vorkurs- und Stammaktien in zweiter Instanz stattgegeben. Nun wird in der Revisionsinstanz noch das Kammergericht zu sprechen haben, aber es ist kaum anzunehmen, dass seine Entscheidung anders lauten wird.

### Entstehung der Anlagekonten bei der Reichsbank.

Der vorliegende Ausweis der Reichsbank für die erste Dezemberwoche zeigt auf den Anlagekonten eine der Zunahme in der letzten Woche des November nahezu gleichkommende Entlastung. Im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 1919 ist die Anlagekonten-Reichschatzungen in den freien Verkehr vermindert sich die gesamte Kapitalanlage um 5588,4 Mill. M. auf 50 212,1 Mill. M., und die bankmäßige Deckung allein um 5565,6 Mill. M. auf 49 797,1 Mill. M. Andererseits erfuhr die Fremden Gelder hauptsächlich infolge der verminderten Schatzungen einen starken Rückgang über die Abnahme der Anlagen noch etwas hinausgehenden Rückgang, nämlich um 577,7 auf 11 561,6 Mill. M. Der im Ausweis der Vorwoche zutage tretende Bedarf an Zahlungsmitteln hielt in der Berichtwoche in allerdings abgeschwächtem Masse an. An Banknoten mussten diesmal 409,2 Mill. M. neu in den Verkehr gesetzt werden, so dass sich der Umlauf am 1. Dezember auf 64 684,7 Mill. M. belieferte. Dagegen konnte der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 92,4 Mill. M. auf 12 278 Mill. M. eingeschränkt werden. An den beiden genannten Geldzeihen zusammen wurden demgemäss in der Berichtwoche 307,8 Mill. M. neu beansprucht gegenüber 364 Mill. M. bezw. 67 1/2 Mill. M. in der entsprechenden Zeit des Jahres 1919. Wie bereits an der Gld., Scheideminister und Reichskassenscheine sind die Mittel wenig verändert. Die Bestände der Bank an Darlehenskassenscheinen wuchsen auf 20 480,5 Mill. M.

### Reichsbank. Die Bureaus und Kassen der Reichsbankhauptbank werden Freitag, den 24. d. M. von 12 Uhr mittags ab geschlossen sein.

### Die Abschüttung von 45 pCt. bei einer Brauereierneuerung.

Der Höhe der Ausschüttung nach müsste es der Dortmund-Union, die sich zum Ende des Jahres 1920 glänzend entwickelte, die Geschäftsergebnisse trotz Zwangswirtschaft, trotz Rückgang des Bierkonsums günstiger sein — wozu die durchgeführten Transaktionen mit der Dortmund-Viktoria-Brauerei und der Löwenbrauerei ein gut Teil beigetragen haben mögen. Ein Blick in die Bilanz zeigt aber doch die Bedrängnis und Not, in denen sich die Brauerei befindet. Die Forderungseinnahme beträgt 11 020 Mill. M. (d. V. 6 113 Mill. M.). In diesen Betrag stecken fast 2 Mill. M. ausserordentliche Einnahmen wie Eingänge aus Steuererleichterungen, Bestellungen und aus abgeschrieben Forderungen, Betriebsunkosten, Steuern, Gehälter, und Löhne betragen in 1919/20 6 527 Mill. M. (4 438). Die Forderungen verminderten sich von 0 445 Mill. M. auf 0 397 Mill. M. Der Überschuss beträgt 3 765 Mill. M. (1 186), aus dem wie im Vorjahre 20 pCt. Dividende und überdies ein Bonus von 25 pCt. auf das von 4 375 Mill. M. auf 6 475 Mill. M. erhöhte Aktienkapital zur Ausschüttung gelangen soll. Die Bilanz zeigt einige bemerkenswerte Veränderungen. (Substanzveränderungen) Das Girokonto ging von 0 855 auf 0 860 Mill. M. zurück. Das Konto Bestellungen (abzüglich Hypotheken) von 1 094 auf 1 880 Mill. Mark. Eine Erklärung findet man im Geschäftsbericht, wo die Verwaltung sagt: „Daneben war es uns möglich, unter Ausnutzung der grossen Nachfrage nach Hausbestellungen eine Anzahl früher erworbenener entbehrlichen Bestellungen mit gutem Nutzen abzustossen.“ Auch Konten der Betriebsmittel weisen Veränderungen auf, die über die Abschreibungen hinausgehen. So verminderte sich das Gefässkonto bei ca. 28 000 M. Abschreibungen von 125 040 M. auf 40 000 M. Daneben weisen einige Konten ansehnliche Zunahmen auf, so z. B. Maschinen und Kühlanlagen, Vorräte, Debitoren, Bankguthaben. Die letzteren sind von 2 274 auf 2 587 Mill. M. gestiegen. Kasse und Wechsel von 0 066 auf 1 173 Mill. M. Zum ersten Male erscheint in der Bilanz das Fusionskonto Dortmund-Viktoria-Brauerei mit 0 500 Mill. M., und das Aktienkonto Dortmund-Viktoria-Brauerei mit 200 Mill. M. Das Ergebnis der Tatsache, dass das Unternehmen nunmehr jetzt 4 Dortmund-Grossbrauereien in sich vereint und zudem die Malzbeschaffung infolge zunehmender Steigerung grosse Betriebsmittel erfordert, beantragt die Verwaltung die Erhöhung des Aktienkapitals um 5 255 auf 10 Mill. M.

### Die Löwenbrauerei vor Peter Overbeck, die zum Konzern der Dortmund-Union gehört, wenn auch nicht vollständig mit ihr vereinigt, sondern als ein selbständiges Unternehmen, wird zur Verwendung, um die vorgeschlagene Gewinnverteilung (10 pCt.) vornehmen zu können.

### Zur Versorgung der anhaltischen Industrie mit Strom.

erichtet das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt Akt.-Ges. in Halle eine neue gewaltige Hochvoltschaltung von 100 kV. Länge, von Golpa nach Harburg. Der nördliche Teil der Anlage wird vor allem die provinziell sächsische Landwirtschaft mit Kraft versorgen.

### Peniger Maschinenfabrik und Eisengieserei Akt.-Ges.

Abschreibungen 110 729 M. (198 257), Unkosten 2 35 Mill. M. (1 055), Überschuss 856 252 M. (198 258), 8 pCt. auf dividendenberechtigte, 4 pCt. auf halbdividendenberechtigte Aktien.

### Friedrich Andreas Perthes Akt.-Ges. 7 pCt.

Nichtamtlich sind am 14. Dezember im Berliner Produktenerverkehr folgende Preise ermittelt pro 50 kg ab Station: Speisebienen, Viktoria 230 bis 250 M., kleinere 180—190 M., Futterbienen 160—165 M., Pelusikon 145—158 M., Ackerbohnen 160—168 M., Wicken 140—152 M., Lupinen, neue blaue 105—110 M., neue gelbe 85—90 M., Sorradella, alte und neue, 85—95 M., Donathier, Joso loko Hamburg 162—170 M., Raps —, Lelmsat 210—240 M., Mohr 625—660 M., Senfsaat 200—210 M., Trockenschnitt 75—80 M., Stettenschnitt 115—118 M. M., vollwertige Zuckermehl sich hell, 175—200 M., Trostweizen 60—65 M., Weizen, gelb, gesund und trocken 35—40 M., rot, gesund und trocken 42—45 M. M., Stroh, drahtgepresst 24—25,50 M., gebündelt 23,50—24 M., Roggenanzug 24,50—25 M., Kunkelröhren 8—8,50 M., Koblöhren, weisse 8,50—9 M., gelbe 10,50 bis 11 M., Mohren, rote 17—17,50 M., gelbe 15,50—16 M., lose, frei Kalwanger Hamburg, Dezember 17. Januar März 167—168 M.

### Frühmarkt für Fouragehandel.

Mais loko 195—196 M. frei Wagen. Berliner Kartoffelnotierungen. Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte am 14. Dezember 1920 folgende Preise (Erzeugnisse ab märkischen Stationen): Weisse Speisekartoffeln 34—36, rote 34—36, schmelzliche 34—36 (in Mark für 50 kg). Infolge Frostwetters keine Zufuhren.

### Metallpreise in Berlin (in 100 kg in M.).

14. Dezemb.	13. Dezemb.
2496	2288

### Notierungen der Berliner Metallbörse:

Raffinadkupfer 99—99,8 Pct.	1750—1775	1675—1725
Originalniederschmelzblei	150—160	670—680
Büchsenzinn Standardpreis	450—460	450—460
do. Preis im privaten Verkehr	760—770	770—780
Resultat Platzenzinn	420—430	480—500
Originalniederschmelzblei 99—99,8 Pct. 1. gek. Blocken	3250—3300	3250—3300
in Wad. oder Drahtverm.	3400—3500	3450—3500
Zinn Banca Straits. Billiton	6700—6800	6850—6900
Hüttenzinn mindestens 99 pCt.	6550—6600	6650—6700
Reinblei	4500—4550	4550—4600
Antimon regulus	800	800
Silber in Barren ca 900 feet für 1 kg fein	1240—1250	1210—1220

### London, 13. Dezember. Metallnotierungen.

Kupfer per Kasse 76 1/2 (77 1/2), per 3 Monate 76 1/2 (77 1/2). Elektrolyt 87 1/2—88 (89 1/2 bis 88 1/2). Zinn (88—89), per 3 Monate 218 1/2 (223 1/2), Blei 24 1/2 (25 1/2—26 1/2). Zink 38 1/2 (39 1/2 bis 31 1/2). Nickel für Inland 215 (220), für Ausfuhr 215 (220). Wolframerz 204 (236), Platin 480—(500)—Silber 404 (38 1/2), auf Lieferung 41 (39), Gold 118 1/2 (118 1/2). 11. 12. Silber 40 1/2, auf Lieferung 40 1/2, Gold 118 1/2.

### Amerikanische Telegramme.

### New-York, 13. Dezember. (Privat-Funkspruch.)

Die Fondsbörse zeigte gleich bei Eröffnung eine schwache Stimmung, und die Kurse gingen im Verlaufe noch weiter nach, als infolge allgemein ungünstiger wirtschaftlicher Berichte dringender Angebot hervortrat. Zahlreiche Industriewerte erreichten eine neue Tiefstunde. Die Aktien der Königlichen niederländischen Petroleumgesellschaft kamen in erheblichen Posten an den Markt auf Meldungen über eine neue Kapitalaufnahme. Der Umsatz betrug 1 450 000 Stück Aktien.

### New-York, 13. Dezember. (Privat-Funkspruch.)

13. 12.	11. 12.	Nat. of Mex. and Cent. Am.	13. 12.	11. 12.
Goldkäse	132, 114	11 1/2	4 1/2	4 1/2
Woolsey & Berlin	1,82	6 1/4	6 1/4	6 1/4
do. a Paris (90 t.)	5,82	5,85	11 1/2	10 1/2
do. a London (90 t.)	4,01	3,42	10 1/2	9 1/2
do. a Transatl.	3,42	3,40	10 1/2	9 1/2
Belgien	6,18	6 1/2	8 1/2	8 1/2
Schweden	15,42	15 1/2	8 1/2	8 1/2
Madrid	12,85	12,85	1 1/2	1 1/2
New-York	3,40	3,40	19 1/2	19 1/2
Silber in Loko	62 1/2	61 1/2	50	50
Antimon top a St. Fe	21 1/2	21 1/2	1 1/2	1 1/2
do. do. do. do.	30 1/2	30 1/2	1 1/2	1 1/2
Baltimore	11 1/2	11 1/2	1 1/2	1 1/2
Canadian Pacific	11 1/2	11 1/2	1 1/2	1 1/2
Am. Cent. & West.	5 1/2	5 1/2	1 1/2	1 1/2
Chicago, Milw. u. St. Paul	25 1/2	25 1/2	1 1/2	1 1/2
Chic. Rock-Island Pac.	19 1/2	19 1/2	1 1/2	1 1/2
Denver u. St. Grand.	19 1/2	19 1/2	1 1/2	1 1/2
Eliz.	19 1/2	19 1/2	1 1/2	1 1/2
Great Northern	7 1/2	7 1/2	1 1/2	1 1/2
Illinois Central	8 1/2	8 1/2	1 1/2	1 1/2
Inter. Mt. West. & Pac.	17 1/2	17 1/2	1 1/2	1 1/2
Kansas City & Southern	17 1/2	17 1/2	1 1/2	1 1/2
do. do. do. do.	17 1/2	17 1/2	1 1/2	1 1/2
Louisville & Nashville	9 1/2	9 1/2	1 1/2	1 1/2
Missouri Kansas & Texas	9 1/2	9 1/2	1 1/2	1 1/2
Mis. or. Pacific	10 1/2	10 1/2	1 1/2	1 1/2

### New-York, 13. Dezember. (Privat-Funkspruch.)

Der Kaffeemarkt wies eine schwache Stimmung auf infolge enttäuschender Berichte von den brasilianischen Märkten und damit zusammenhängender Liquidationskrisen in New-York. Die Aktien der Königlichen niederländischen Petroleumgesellschaft kamen in erheblichen Posten an den Markt auf Meldungen über eine neue Kapitalaufnahme. Der Umsatz betrug 1 450 000 Stück Aktien.

### Chicago, 13. Dezember. (Privat-Funkspruch.)

Die Bestände und ungünstige Berichte aus Buenos Aires. Später griff eine entscheidende Erholung Platz; als ungünstige Entscherte und die lebhaftere Lokonachfrage bekannt wurden. Die Marktpreise gingen anfangs infolge ungünstiger Wettermeldungen auf Käufer der Kommissionäre in die Höhe. Später bröckelten die Notierungen unter dem Einfluss der zunehmenden indischen Zufuhren.





